Das Erbe sieht traurig aus!

8.819 Euro Schulden pro Einwohner in Thüringen hat die ehemalige CDU-geführte Landesregierung der neuen Regierung hinterlassen. Im Vergleich zu Sachsen - dort ist jeder Bürger mit 2.086 € verschuldet. Wer konnte fast 25 Jahre nicht wirtschaften? Im Jahr 2000 hatte Thüringen 11,1 Mrd. € Schulden, 2011 waren es schon 16,4 Mrd. € und so ging es munter weiter. Die letzten knapp **200 Millionen Euro** hat der ehemalige Finanzminister Voß aus der Rücklage noch beiseite geschafft um Schulden zu tilgen und der neuen Regierung den Start zu erschweren. Wer selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. In Thüringen hat jede fünfte Gemeinde keinen genehmigten Haushalt. Freiwillige Leistungen mussten gestrichen werden, deshalb war ein Regierungswechsel längst überfällig.

Mit welchem Recht hält die CDU der neuen Koalitionsregierung unter anderem schon jetzt vor, sie könne nicht wirtschaften? Das grenzt an Dummheit!

Wer hat denn in Thüringen eine Überzahl an Spaßbädern bauen lassen, die heute um ihr Überleben kämpfen? Wer hat überdimensionale Kläranlagen befürwortet und damit manchen Hauseigentümer in den Ruin getrieben? Während viele Städte wie München, Berlin usw. die Straßenausbaubeiträge abgeschafft haben, hat die ehemalige CDU-geführte Landesregierung eine rückwirkende Erhebung ab 1991 beschlossen. Die Bürger Thüringens erwarten nun von der neu gewählten Landesregierung, dass endlich die unsozialen und ungerechtfertigten Herstellungsbeiträge für Abwasser und Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden. Für dieses Ansinnen hatte die ehemalige Ministerpräsidentin zu keiner Zeit ein offenes Ohr. Die Sorgen und Nöte der Bürgerallianz und der vielen Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben fanden bei ihr nie Beachtung. Auch eine Anhörung von Bürgerinitiativen wurde ständig verweigert. Kommunale Anlagen, die der Daseinsberechtigung dienen, sind aus dem öffentlichen Haushalt zu finanzieren.

Es ist mehr als erniedrigend und beschämend, welchen CDU-Attacken der neu gewählte Ministerpräsident Bodo Ramelow entgegen treten muss. Es ist nicht die richtige Zeit um große Sprüche zu klopfen. Statt zum Wohle aller Bürger Thüringens die neu gewählte Regierung zu unterstützen, unternimmt die CDU alles mögliche aus parteitaktischer Sicht (an der Spitze M. Mohring), den Regierungsanfang so schwer wie möglich zu machen. Die CDU-Mitglieder sollten sich schämen, Demokratie und Anstand sehen anders aus. Beim Handeln sollte das Parteibuch keine Rolle spielen, mit den teilweise bösen Attacken und Hetzkampagnen sollte endlich Schluss gemacht werden.

Horst Reising

Waltershausen

BERICHTIGUNG zum Leserbrief vom 17.12.2014

Obiger Leserbrief wurde im 1. Absatz korrigiert (nicht 200.000 € sondern 200 Mill. €). Ich bitte den Fehler zu korrigieren und zu entschuldigen. Danke.